

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto:
Gebrauchsbank, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Verlagspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprach-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weinbergplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonparelzeile
30 Pf., die 30 mm breite Refuszeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenbelegung 10 Pf.

Nr. 78

Dresden, Donnerstag den 2. April 1925

36. Jahrg.

Politik auf Abbruch?

Gestern fand in Dresden eine sozialdemokratische Ge-
meindervertreterkonferenz statt, in der einstimmig eine Pro-
jektionsentscheidung gegen die Novelle zur Gemeindeordnung
angenommen wurde, gleichzeitig aber konnte der Rechtsaus-
spruch des Landtages, in dem eine der vorgeschlagenen Ver-
sicherungen nach der anderen mit Hilfe der Vertreter der
Rechtlichkeit der sozialdemokratischen Fraktion angenommen
wurde, unter anderem auch die Änderung des § 35, durch
die die Kreisverfassung in einem Teil der Gemeinden wieder
eingeführt werden soll. Alle Proteste aus dem Lande
schienen bei den 23 nicht zu verfangen und es scheint die Ab-
sicht zu bestehen, die Novelle zur Gemeindeordnung noch vor
den Osterferien durchzusetzen.

Uns wird das Verhalten der 23 immer unverständlicher.
Schon allein die Tatsache, daß die Genossen im Lande ohne
Unterstützung der Richtung sich einstimmig gegen die
Vorlage aussprechen, müßte doch die 23 stutzig
machen. Gewiß ist es Sache des Abgeordneten, zunächst nach
seiner eigenen Überzeugung über die vorliegenden Geset-
zgebungen zu entscheiden, aber wenn sich die Parteigenossen
mit einer solchen Einheitsfront gegen eine Vorlage
wenden, so müssen doch die 23 doppelt und dreifach über-
legen, ob sie auf dem eingeschlagenen Wege weiter vorwärts-
gehen dürfen.

Wenn Sozialdemokraten sich in einer Koalition mit
bürgerlichen Parteien befinden, so wird das freilich nie
ein Opfer der Sozialdemokratie abgeben. Aber dabei muß
für jeden Sozialdemokraten eine Grenze geben, die nicht
überschritten werden darf. Es wäre schließlich noch
zu überlegen, wenn die Genossen nach schwerem Ringen zu-
sammenstürzen an die bürgerlichen Parteien machten, um ein
Auseinandergehen der Koalition in einem Zeitpunkt zu ver-
meiden, wo eine Regierungskrise und Neu-
wahlen für die Partei unwillkommen wären. Aber heute
ist die Lage nicht mehr so, daß wir Neuwahlen zum
Landtag unter allen Umständen zu fürchten haben.
Belassen wir vielmehr auch insoweit des Niederganges der so-
zialdemokratischen Stimmen keine proletarische Mehrheit mehr, so
wird auch nach Neuwahlen unsere Stellung im Sächsischen
Landtag stark sein.

Die Vorlage wird durchgepeitscht!

Aus dem Landtage wird uns geschrieben:
Am vergangenen Montag wurde während der Verhand-
lung, die der Parteivorstand zum Zwecke der Verständigung über
den sächsischen Konflikt eingeleitet hatte, gewünscht, der Streit
würde nicht vorläufig gelöst werden. Deshalb sollten die
Versicherungsgegenstände, die die Regierung dem Landtage
vorlegt hat, bilateral behandelt werden. Genosse Zellisch
vertrat die Auffassung, daß ein direkter Beschluß der Landes-
männer nicht nötig sei, da keinesfalls an eine schnelle Ver-
ständigung der Vorlagen durch die Regierung zu denken wäre.
Weiter beantragte sich die anwesenden Vertreter des Parteivor-
standes mit dieser Erklärung. Am Mittwoch trat der Rechts-
auspruch des Landtages erneut zusammen, und wieder spielte
das gleiche Verlangen ab, der schon in der ersten Verhandlung
als Richtschnur zugesagt worden war. Der Ausschuss hat
den Grund gegenüber unangenehm. Die Koalition
müßte, verläßt durch die Deutschnationalen, geht über die
wichtigsten sächsischen Argumente hinweg und
besteht außerdem noch, durch unparlamentarisches Verhalten
Kärnen, Schlußanträge die Meinung der Genossen der Ar-
beitsgemeinschaft zu nebeneinander zu stellen und der Beratung
eine wie 11:11 anzusetzen, damit den sozialdemokratischen
Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, an der Gemeinder-
vertreterkonferenz teilzunehmen. Diese Anträge wurden brüsk
abgelehnt. Es wurde sogar für den Montag eine neue
Sitzung anberaumt, um unter allen Umständen die Vorlage
noch unter 23 und 20 zu bringen. Als Disposition des

Landtages ist bereits im Plenum des Landtages mitgeteilt
worden, daß am Donnerstag, dem 2. April, die letzte Sitzung vor
den Osterferien stattfinden sollte. Man will diese Dispo-
sition über den Hausen werden, um den Wunsch des Herrn
Fischer nach Verabschiedung der Vorlage auf jeden Fall zu er-
füllen. Wenn man trotz eindringlichen Reden der Frak-
tionsminderheit nicht verhindert werden, daß der Ausschuss den
wichtigen Bestimmungen der Regierungsvorlage zustimmt;
unter anderem wurde insbesondere Art. 9 der Regierungsvorlage
die Befreiung des Einkommenssteuern genehmigt. Die Ab-
änderung zu § 35 der jetzt geltenden Gemeindeordnung („in
Gemeinden, in denen der Gemeinderat eine Körperschaft bildet,
bedarf es zur Aufstellung und Abänderung von Ortsgesetzen
oder Hausordnungen des Gemeinderats“) wurde angenommen.
Selbst Zellisch stimmte gegen diesen Punkt, ohne dagegen zu
sprechen. Auch die übrigen beschleunigenden Paragraphen fanden
Annahme. Angenommen wurde lediglich ein Euentual-
antrag der Fraktionsminderheit zu der Bestim-
mung, daß Beschlässe, die eine Verminderung oder Ver-
stärkung des Vermögensstandes der Gemeinde
zur Folge haben würden, der Genehmigung der Beschlußbehörde
bedürfen. Es soll nicht, wie es in der Regierungsvorlage hieß,
lauten: Die Genehmigung soll nicht verlangt werden, wenn die
beabsichtigte Maßnahme zur Aufrechterhaltung einer geordneten
Gemeindeführung nötig ist, sondern es soll lauten: Die Ge-
nehmigung darf in diesem Falle nicht verlangt werden. Das-
selbe soll auch bei der Schaffung neuerer Werte für die Ge-
meinde und bei der Schuldenentlastung gelten.
Die Beratungen erstreckten sich bis in die Abendstunden.

Die Jarresianer mit der Säurepräge

Aus Frankfurt a. M. wird uns berichtet:
In Frankfurt am Main glauben sich die Jarresianer
und Deutschnationalen, die Jarresianer, etwas Besonderes leisten
zu müssen. Die Frankfurter „Zeitung“ hatten sich mit großem
Aufwand (Stimm, Tüpfel, Krupp und die anderen Em-
pfeher der Jarresianer) 770 Goldwägen des Reichsmünz-
amtes bezogen, die die Jarresianer aus München, Eggert,
Wolff und 200 Leute der Ehrhardt-Brigade und
der Jarresianer kommen lassen (siehe Rathenau, Götterger,
Göring, Brüder und Scheidemann-Altenkämpfer).

Dolch in den Rücken

Konferenz: nationale gegen deutschnationale Reichsregierung

D. Berlin, 2. April. (Eigene, Junks. i.) In auf-
fälliger Aufmachung bringt die Kreuzzeitung Beschlüsse
des Vorstandes der Deutschnationalen Partei, die eine
Drohung an das Reichsministerium darstellen. Die Deutschna-
tionalen fordern u. a.: „Widerruf der Schulpläne, Befreiung
des Berliner Diktums und die darüber hinausgehenden
Bindungen, Nichtschließung des Kampfes gegen die Ver-
fassung (Sicherheitspakt, Dawesgesetz usw.), Anerkennung
der sächsischen Rechtsgrundlagen in Gesetzgebung und Verwal-
tung; auch der Gesetzgeber darf nicht gegen Treu und Glau-
ben verstoßen (Aufwertung usw.).“
In der Sitzung wurde, wie die Kreuzzeitung berichtet,
von allen Seiten betont, daß die Konfessionen nur eine
solche Politik unterstützen können und dürfen, die Sicherheit
bietet, daß sie die vorstehenden Forderungen und Ziele un-
terstützt von Augenblicksrisiken und Augenblickserfolgen
tatsächlich durchzuführen gewillt ist.“
Das bedeutet, daß sich ein entschiedener Teil der Deutschna-
tionalen, zu dessen Führern Graf v. Helldorf gehört,
den Alldeutschen an die Seite stellt, die in ähnlichen For-
mulierungen dem Kabinett Luther einschließlich seiner deutschna-
tionalen Mitglieder v. Schlieben, Schiele und Neuhaus
ein solches Nichttrauensvotum aussprechen. Jeder
Tag ist ein Schlag gegen die jetzige deutschnationale Reichs-
regierung. Von einem Widerruf der Schulpläne hat das
jetzige Reichskabinett noch nichts verlauten lassen. Von einer
Befreiung des Berliner Vertrags ist keine Rede, im Gegen-
teil, die deutschnationalen Minister legen die Schwurfinger
auf den „Münchener Vertrag“ und garantieren in dem Sicher-
heitspakt den Franzosen den dauernden Besitz von Elzäh-

Verfäumnisse und Gefahren

Von Gerhart Seger, Berlin

Durch die Veröffentlichung der diplomatischen Akten
des Auswärtigen Amtes und durch das Erscheinen zahlreicher
Memoirenwerke politischer Persönlichkeiten wächst in zurech-
mendem Maße die Aufklärung über die deutsche Vorkriegs-
politik. Es ist daher jetzt auch möglich, neben vielen andern
Legenden eine der hartnäckigsten Geschichtslügen zu wider-
legen, die noch immer im Umlauf ist: die Legende von
der Einkreisung Deutschlands.
In dieser Sache hat sich der Sachverständige beim par-
lamentarischen Untersuchungsausschuss des Reichstages Dr.
Eugen Fischer durch die Herausgabe eines Werkes verdient
gemacht, das eben bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte in Berlin erschienen ist. („Dol-
ch in den Rücken“, Berlin 1925, 304 S.) Dr. Fischer
behandelt in diesem Buche ausführlich die Geschichte des eng-
lischen Bündnisangebots von 1898-1901, für die die Docu-
mente im 14. und 17. Bande der diplomatischen Akten ent-
halten sind und für die die Erinnerungen des Reichskanzlers
Fischer von Eckardstein, die Darstellungen Hammanns
und einige andre Memoirenwerke die Quellen sind.
Dr. Fischer schreibt in der Einleitung seines Werkes,
die Welt werde aus den diplomatischen Akten mit Staunen
sehen, daß England um die Jahrhundertwende mehrmals ein
aufrichtig gemeintes Bündnisangebot an Deutschland ge-
macht hat. Dieses Staunen wird in Deutschland selbst nicht
immer groß sein, denn über das Verhältnis Deutschlands zu
England weiß man nichts andres, als daß Bismarck 1899
ein Annäherungsverbot erteilte; er richtete an den
damaligen englischen Ministerpräsidenten Salisbury einen
Brief, der aber ablehnend beantwortet wurde; dann leitete
die deutschnationale Geschichtsschreibung mit der Legende ein,
daß von 1901 an der englische König Edward in fanatischem
Deutschenghaß die ganze Welt gegen Deutschland zusammen-
geschloßen habe. Aus dieser Einkreisung sei dann die Mächte-
konstellation hervorgegangen, deren Folge der Weltkrieg ge-
worden sei.

Selbst wenn diese Darstellung, die in Deutschland leider
nicht nur in den nationalistischen Blättern zu lesen ist, son-
dern die noch immer das Rückgrat des Geschichtsunterrichts
in den Schulen bildet, richtig wäre, so fehlt doch in ihr das
wichtigste Ereignis aus der Vorgeschichte des Krieges: das
Bündnisangebot Englands. Man versteht nicht,
daß die Abwendung Englands von Deutschland erst erfolgt
ist, nachdem England über drei Jahre lang regelrecht um ein
Bündnis mit Deutschland geworben hat, nachdem es sich die
erbsenflüchtige Mühe gegeben hat, mit Deutschland und darüber
hinaus mit dem Dreibund nicht nur über einzelne Fragen,
sondern über die gesamte Politik zu einer dauernden Ver-
ständigung zu gelangen. In der deutschen Zentralbehörde
für die auswärtige Politik, dem Auswärtigen Amt, das der
damalige deutsche Vorkanzler in London Graf Hofmann nur
das „Zentralindien“ nannte, begriff man überhaupt nicht
die Tragweite dieses Angebotes. Der Leipziger Historiker
Professor Brandenburg, der von 1922 bis 1924
auf Einladung des Auswärtigen Amtes die diplomatischen
Akten durchgearbeitet und eine Geschichtsdarstellung der Vor-
kriegspolitik in seinem Buche: „Von Bismarck zum Welt-
kriege“ gegeben hat, kommt ebenfalls zu dem härtesten Urteil

Die No. 12
i. d. Reihe
der
Anzüge
- M.
shaus
len